

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

270 (13.6.1918) Abendblatt

zu erhalten. Ferner wird die periodische Revision der Zollsätze sowie eine tunlichst gleichmäßige Zollsetzung empfohlen. Schließlich wird bezüglich der Beschaffung von Rohstoffen aus dem Ausland während der Übergangszeit ein einvernehmliches Vorgehen verlangt. Die Anträge auf Einleitung oder wenigstens auf Vorbereitung einer Zollunion erhielten nur wenige Stimmen. Ferner sprach sich der Ausschuss einstimmig zu Gunsten einer Lösung der polnischen Frage im österreichischen Sinne aus, wobei angesichts des großen Produktions- und Konsumgebietes Galizien eine Zollunion zwischen der Monarchie und dem neu zu schaffenden polnischen Staate verlangt wurde.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

BZK. Karlsruhe, 13. Juni 1918.

Präsident Kopf eröffnet die 69. öffentliche Sitzung am 9 Uhr 20 Minuten.
Die Beratung des Abschnitts X der Denkschrift der Großh. Regierung über ihre wirtschaftlichen Maßnahmen während des Krieges, welcher den
Berkehr mit Lebens- und Futtermitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs

umfasst, wird fortgesetzt.
Abg. Spang (Hr.): Die Kommunalverbände haben, von einigen Abweichungen abgesehen, gegenständig gemindert und auch das Vertrauen der Bevölkerung ertragen, so man es an der nötigen Ausfüllung und entzwei-felnden Haltung nicht fehlen ließe. Wo dies nicht der Fall, herrscht Mißtrauen und teilweise auch Furcht. Einem Landpfarrer, der über den Verkauf predigte, sagte ein Bauerlein, er solle nicht mehr predigen über den Teufel, sondern über den Kommunalverband, den fürchten die Leute allein noch. Wenn die Zusammenkünfte der Kommunalverbände nur durchschnittlich 37 000 Mk. betragen, ist bei dem großen Vertriebs nicht dagegen zu sagen. Unser Antrag über die Rechnungslegung ist kein Mißtrauen gegen die Kommunalverbände. Alle Monat sollte eine Sitzung der Kommunalverbandsausschüsse stattfinden. Zu befehlen ist die Befragung durch die Kommunalverbände bei ungenügender Ablieferung durch Entzug von Lebensmitteln. Darunter leiden auch die Kinder und alten Leute, heute, wo alles über Unter-erhaltung liegt, auch die Landwirte. Da sollten Geld-strafen verhängt werden.
Abg. Gerthe (H. V.) begründet den Antrag seiner Partei über die Geschäftsführung der Kommunalverbände. Unser Antrag betr. die Buchführung der Kommunalverbände hätte angenommen werden können. Wir sind aber mit der Erklärung der Großh. Regierung zufrieden.

Abg. Massa begründet den Antrag seiner Partei über die Geschäftsführung und Aufsammlung der Kommunalverbände. Eine einseitige Aufsammlung der Kommunalverbände müßte vermieden werden.
Abg. Martin (Hr.) begründet eine Interpellation seiner Partei betr. die Höchst- und Verkaufspreise der Produkte von Landwirtschaft, Industrie und Handel. Die Interpellation bedarf keiner besonderen Begründung mehr angesichts der Unzufriedenheit über die allzuhohe Preise für Industrieprodukte. Seit wir vor einem halben Jahr die Interpellation einbrachten, haben sich die Verhältnisse eher verschlechtert, als verbessert. Sie laufen auf eine Ausweitung des Preises hinaus. Für eine Saat wird nicht mehr als im Frieden bezahlt, etwa 75 Pfg. für das Fund. Das Leber kostet aber 8 bis 10 Mk. das Fund; ähnlich ist es bei Kleiderstoffen. Der Landwirt bekommt für die Wolle 3 Mk., während die Stoffe kaum zu bezahlen sind. Eine ganz lächerliche Sache sind die Erbschaften, wahres Lumpengeld, das nur dazu bestimmt ist, den Verstorbenen und Hinterbliebenen zu füllen. Ein großer Unterschied herrscht beim Tabak. Ein Kilogramm kostete früher 2,75 Mk., fertiger Tabak 13 Mk.; noch größer ist der Unterschied bei Zigaretten und Zigarren. Ähnliches zeigt sich bei der Anschaffung von Maschinen und Geräten, die das fünffache kosten wie im Frieden. Während die Landwirtschaft 20 Prozent Zuschlag erhält, verlangt man für Industrieprodukte hunderte von Prozenten mehr. Er wisse wohl, daß die Regierung diese Dinge nicht in der Hand habe. Er möchte aber doch ihre Aufmerksamkeit lenken auf diese Dinge, die nichts anderes sind, als eine ganz gemeine Volkswirtschaft. Merkmalig ist, daß Produkte, sobald Höchstpreise darauf gelegt werden, vom Markt verschwinden zum Schaden für die Allgemeinheit. So gut man bei den Ämtern Nachschau hält, könnte man dies auch bei den Großhändlern tun. (Beifall.)

Staatsminister Febr. v. Bobman: Es ist uns bekannt, daß die Preise für manche Industrieprodukte ungewöhnlich hoch sind; es ist aber nicht richtig, daß nur Höchstpreise auf landwirtschaftliche Produkte bestehen. Der Minister verliest eine lange Liste von Produkten, für die eine Preisregelung besteht. Daneben sind scharfe Maßnahmen gegen Preissteigerungen getroffen. Die Großh. Regierung kann nicht einseitig vorgehen; weil sonst die betreffenden Produkte ganz verschwinden; sie tut aber ihr Möglichstes, um die Ausweitung zu beschränken. Wichtig ist es nicht, daß die Landwirtschaft nur 20-30 Prozent Zuschlag nehme; dies stimmt einmal bei den Höchstpreisen. Die Preisregelung kommen doch Landwirten zu gute, ebenso die Viehpreise. Auch die Kartoffeln verschwand vom Markt, sobald Höchstpreise eingeführt wurden, doch nicht auf Verreiben des Handels, sondern der Bauern! Die Festsetzung der Lederpreise untersteht der Reichsleitung. Zu berücksichtigen ist hier die größere Schwierigkeit der Industrie. Das Wagen-schmiedere ist teurer als Butter, erklärt sich dadurch, daß Butter aus Milch, die bei uns zu haben ist, hergestellt wird, während Wagen-schmiedere aus teuren Auslandserzeugnissen hergestellt wird. Außerdem sind Lebensmittel im allge-meinen billiger als gewerbliche Produkte. Man könnte uns immer wieder die Wagen-schmiedere aufs Brot (Steier-heit) verweist, aber, daß es sich dabei doch um beschränkt-mäßig geringe Mengen handelt. Man verweist auch die Schwierigkeiten unserer heutigen Wirtschaftsverhält-nisse. Auch wir bebauern die großen Mißverhältnisse in den Preisen, können aber nicht allzuweit tun, weil die Preisregelung Ende des Reiches ist.

Abg. Spang (Hr.) begründet die Interpellation des Zentrums über die Lederpreisspitze. Das Leder ist knapp und immer teurer geworden; es muß, wie Schlitten-lauer feststellte, 12 Stadien durchwandern, wobei alle die Hände daran wachen. (Sört. Hört.) Schlittenbauer hat ausgeführt, daß dieser Gesellschaft es gar nicht möglich ist, alles Leder, alle Häute zu erfassen. Wenn man in der Eisenbahn 1. Klasse fährt oder in Kurorte kommt, da sieht man Leute, die keine Schuhe kennen. Der Schleichhandel hilft ihnen. Der Landwirt muß aber in Holzschuhen für die Lebensmittel sorgen. Der Redner geht die einzelnen Stadien der Lederwirtschaft durch. Ein liberaler Redner hat im bayerischen Landtag erzäh-elt, daß eine Gerberei stillgelegt und der Gerber ver-pflichtet wurde, seinem Nachbar Quebrachholz für 1000 Mark zu überlassen. Festgestellt wurde aber, daß der Gerber der Kriegsgesellschaft in Berlin 500 Mk. dafür bezahlen mußte. Nach solchen Vorkommnissen begreift man, daß das Volk die gesamten Kriegsgesellschaften für einen großen, organisierten Schwindel hält. (Präsident Kopf ruft den Redner zur Ordnung.) Ich habe nichts zurückzunehmen.

Staatsminister Febr. v. Bobman: Die Ausführungen Spangs haben durch das Eingreifen des Präsidenten ihre Korrekturen erfahren; ich muß mich aber auch dagegen wenden, daß unsere Kriegswirtschaft ein Schwindel ist. Die Klagen über Schuhmangel sind an das Ministerium des Innern zu richten, welches sie nach Berlin leitet. Die Schuhherstellung ist so schwierig geworden, daß man eine eigene Reichsstelle für die Schuhherstellung schuf. Von den ausgegebenen Lederhäuten für Arbeiter ent-fallen auf Baden 6400 Stück, die größtenteils verteilt sind. Für die Landwirtschaft sind Kriegsschuhe herge-stellt worden. Zur Verhinderung übermäßiger Preise für Schuhwaren wurden Maßnahmen getroffen, deren Einhaltung vom Landespreisamt überwacht werden. Spang hat gesagt, daß auf der Bahn und in Kur-orten Damen und Herren in guten Schuhen erscheinen. Das kommt vom Schleichhandel. Daß ein Schleichhandel besteht, wird wohl richtig sein. Die Reichsbehörden aber ebenso eines Bezugs-scheines wie die anderen. Wenn sie besser mit Schuhen versorgt sind, kommt es daher, daß die Reichsbehörden schon im Kriege besser mit Schuhen versorgt waren, und daß sie ihr Schuhwerk sparen. Diese besseren Schuhe sind vielfach nicht so gut, wie sie scheinen. Es reicht nicht jedem im Jahr ein Paar Schuhe. Schull-daran ist der große Bedarf des Heeres an Leder. Eine scharfe Besetzung ist eingetreten. Wir arbeiten daran, die Verhältnisse noch weiter zu verbessern. (Schluß folgt.)

Das Stützungsgeleit in der Verfassungskommission der Zweiten Kammer angenommen.

Karlsruhe, 12. Juni. Die Verfassungskommission setzte heute die zweite Lesung des Ge-setzes zur Abänderung des Stützungsgeleites fort. Zunächst wurde § 5 Ziffer 5 des Entwurfs beraten. Auf Grund der Verhandlungen in der letzten Sitzung legte die Regierung eine Neufassung dieser Bestimmung und des Abs. 2 des § 5 vor; die vor-liegenden Abänderungsanträge wurden zugunsten dieses Regierungsvorschlages zurückgezogen. Die Abstimmung erfolgte scharfweise. Der erste Satz von Ziffer 5 wurde mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenom-men. Der zweite Satz wurde mit 18 Stimmen bei einer Stimmenthaltung gegen 3 Stimmen angenommen. Im ersten Satz des Abs. 2 beantragte das Zentrum die Worte „insbesondere solche für Schulen“ zu streichen; dieser Antrag fand nur 8 Anhänger, während 9 dagegen waren; die Abstimmung über den ganzen Satz ergab dessen einstimmige Annahme. Der zweite Satz des Abs. 2 wurde mit 14 gegen 3 Stimmen angenommen. Die Bestimmung des § 5 Ziffer 5 lautet hiernach:

„Zu Zwecken der Wohltätigkeit und der sozialen Fürsorge für Angehörige eines bestimmten Berufsstandes, insoweit die Stiftung nach dem Willen des Stifters eine kirchliche sein soll. Dieser Wille wie auch die Widmung für Angehörige eines bestimmten Berufsstandes ist auch ohne ausdrückliche Nennung dann anzunehmen, wenn die Zuwendung an eine bestehende kirchliche Stiftung erfolgt oder die Verewaltung des Vermögens oder die Vergewaltung seiner Erträge einer kirchlichen Behörde zugewiesen sind.“

Abg. 2 des § 5 soll lauten: „Alle anderen neuen Stiftungen, insbesondere solche für Schulen, sind weltliche. Dabei sollen Unterklassen für schwächere, körper-liche, epileptische Kinder und Kriegerangehörige nicht als Schulen im Sinne dieser Bestimmung.“
Der Entwurf zu § 6 Abs. 1 fand mit einer rein formalen Änderung des Satzbau's Zustimmung; er be-handelt den Fall der künftigen Zuwendung von Ver-mögenswerten an bestehende Stiftungen. Kommen dabei kirchliche Stiftungen in Betracht, so kann die Entscheidung darüber, ob die Zuwendung als selbständige Stiftung oder als Zustiftung behandelt werden soll, nur im Einverständnis mit der kirchlichen Behörde getroffen werden.

Keinen Widerspruch fand die Bestimmung des § 10 Abs. 1, wonach die Staatsregierung berechtigt ist, das Vermögen einer Stiftung einem anderen öffent-lichen Zweck zu widmen, wenn aus Gründen des öffentlichen Wohls eine Veränderung geboten erscheint. Das Gleiche gilt von den neuen Bestimmungen der Absätze 2 und 3 zu § 10. Danach sind besondere Anord-nungen für den Fall getroffen, wenn es sich um kirch-liche Stiftungen handelt. Der Zentrumsantrag zu § 43 fand mit 10 Stimmen gegen 7 Stimmen Zus timmung. Danach wird die Staatsregierung ermächtigt, solche Stiftungen zur ausschließlichen Förderung des Studiums der Theologie, die vor Erlaßung des Gesetzes vom 6. Mai 1870 in kirchlicher Verwaltung gestanden, sowie solche, die erst unter der Herrschaft des genannten Gesetzes errichtet worden sind, auf einen binnem Jahres-freist vom Tage der Verkündung des gegenwärtigen Gesetzes an zu stellenden Antrag der obersten Kirchen-behörde an die kirchlichen Verwaltungsorgane zurückzu-gewen.

Abgelehnt wurde mit 9 Stimmen gegen 8 Stim-men eine vom Zentrum beantragte Resolution, wonach die Zweite Kammer die Anschaffung ausprechen sollte, daß eine Stipendienstiftung auch einen Teil der Wohltätigkeit und sozialen Fürsorge darstellen kann, und daß deshalb Stipendien-stiftungen zugunsten von Nichttheologiestudenten als kirchliche anzusehen sind, wenn der Stifter sie als solche erklärt, oder die Verwaltung bzw. Vergabung durch eine kirchliche Behörde angeordnet hat.
Das Zentrum stellte endlich den Antrag, eine Reso-lution folgenden Inhalts zu beschließen: Die Kammer wolle die Großh. Regierung ersuchen, 1. Anordnung dahin zu treffen, daß die Höhe der Stiftungsrechnun-gen einer von der Verwaltungsbehörde unabhängigen Behörde übertragen werde; 2. dem Landtag von den erlassenen Anordnungen Mitteilung zu machen und eine Darstellung der Hochschul-, Distrikts- und Landesstif-tungen und der bisherigen Verwendung ihrer Ueberreste der letzten fünf Jahre zu geben.

Diese Resolution wurde einstimmig angenom-men. Das ganze Gesetz wurde hierauf mit 14 Stim-men gegen 3 Stimmen angenommen. Die sozial-demokratischen Kommissionsmitglieder, die jetzt gegen das Gesetz stimmten, erklärten, daß sie sich ihre endgültige Stellungnahme für die Vollversammlung vorbe-halten.

Chronik.

Aus Baden.
Ahl, 11. Juni. Vergangenen Samstag fuhr ein großer mit Kohlen beladener Rheinkahn kurz unterhalb der Einfahrt in den Ahrer Hafen fest. Bei dem Versuch, ihn nach wieder flott zu machen, ist derselbe gebrochen und gesunken. Nur noch ein kleiner Teil vom Vorder- ragt über Wasser. Menschenleben waren nicht zu beklagen, jedoch ist der Materialschaden und der Schaden der fast 1000 Ton-nen Kohlen groß.
Stodach, 12. Juni. Der 29 Jahre alte Landwirt Friedrich Schwab von Langhölz, Vater von drei Kindern, der auf Urlaub sich befand, war mit 11 Baden von Langhölz beschäftigt. Dabei wurde er durch einen herabrollenden Stamm er-trückt, sodas der Tod sofort eintrat.

Gegen die übertriebenen Festpreise
schreiben jetzt in Norddeutschland die Behör-den ein. So sind in dem Thüringer Ort Mühlberg-Wandersleben die Preise für ein paar drei Wochen alter Tiere auf 60 Mark festgesetzt worden, vor die Volkvertretung treten würde.

Aus anderen deutschen Staaten.

München, 12. Juni. (Südd. Bz.) Am Kö-nigssee in Berchtesgaden sind heute nacht fünf Schiffschellen mit acht Motorbooten, Eigentum der königlichen Zivilliste und an die seit altersher dort privilegierte Familie des Schiff-smeisters Moberger verpachtet, mit der elektrischen Ladestation und dem Nebengebäude sowie dem zweistöckigen Nebenhaus des Gasthauses „Zum Schiffmeister“ samt Einrichtung und Hab der Gäste verbrannt. Die Hauptgebäude konnten mit Mühe gerettet werden. Der Schaden be-trägt 800 000 Mark. Die Feuerwehre war durch einen vorher ausgebrochenen Brand in der eine Stunde von Berchtesgaden erst-rnten Kiliansmühle aufgehalten und konnte erst zwei Stunden nach Ausbruch des Brandes an der Königsseeverf. erscheinen. Die Schiffsahrt auf dem Königssee ist eingest.ell.

Neue große Schiffswerft.

Hamburg, 12. Juni. (W. B.) Die Gutehoffnungs-hütte, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb in Oberhausen, die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin und die Hamburg-Amerika-Linie haben sich zum Bau und Betrieb einer großen Schiffswerft in Hamburg (Finkenwerder) vereinigt. Das Aktienkapital wird vorläufig nur auf 10 Millionen Mark be-ziffert. Besonders soll der Bau von Schiffen, deren Antrieb durch Hochl-Motoren bewirkt wird, gepflegt werden. Das Gelände wird vom Hamburger Staat der Gesellschaft zunächst auf 75 Jahre überlassen. Die Firma des neuen Unternehmens heißt: „Deutsche Werft-Aktiengesellschaft“.

Gegen die Unabhängige Sozialdemokratie.

München, 12. Juni. (W. B.) In der Abgeord-netenkammer erklärte der Kriegsminister von Hellgrath in Beantwortung einer Inter-pellation des unabhängigen Sozialdemokraten Si-mon betr. die Ausweisung nichtbürger- lichen Personen aus Bayern und deren Verbringung im Zwangsaufenthalt in Bayern u. a.: Ange-sichts der den vaterländischen Interessen zuwider-laufenden Bestrebungen der unabhängigen sozialdemokratischen Partei möchte ich es für geboten, einer Stärkung dieser Partei wäh-rend des Krieges mit den durch das Gesetz mir zur Verfügung gestellten Mitteln entgegenzuwirken. Als wirksames Mittel, dem weiteren Umsichgreifen des verderblichen Einflusses der un-abhängigen sozialdemokratischen Partei vorzubeugen, erwies es sich, jene Parteiglieder, die sich durch agitatorische Untertriebe besonders hervortun, aus ihrer besonderen Wirkungssphäre zu entfernen. Die in der Interpellation beantragten Maßnahmen des stellvertretenden Generalkommandos sind rechtlich unanfechtbar. Es ist natürlich und unvermeid-lich, daß Ausweisungen und Zwangsaufenthalt für die Betroffenen eine Härte bedeuten und mit ma-teriellen Schädigungen verbunden sein können. Wenn wir nur in berechtigter Notwehr unserer Pflicht gemäß. Wir schließen uns gegen die Wucheraktionen von Leuten, die Vaterland und Kriegsführung mit

allen Mitteln zu beschaden bestrebt sind. Da geht es hart auf hart. Beschädigte Mitleid auf die Ein-zeln wäre ein Verbrechen an der Allgemeinheit.

Verteidigungsausgleich für Paris.

Paris, 13. Juni. (W. B.) Aus Anlaß der Schaffung eines Verteidigungs-Ausschusses in Paris weist die Presse darauf hin, daß man daraus nicht schließen dürfe, die französische Hauptstadt sei in Gefahr. Man wolle nur für den Fall einer Belagerung oder Bedrohung von Paris schon jetzt alle Vorbereitungen treffen.

Der Temps meint, Paris werde zu allen Op-fern bereit sein. Die Erfordernisse der Deutsch-land verjude, würden zwecklos sein. Teilweise Verstärkung von Paris würde niemals bewirken, daß Frankreich irgend welche Zugeständnisse oder demütigende Friedensangebote machen werde.

Sembat verlangt in der Zeitung Cour, daß jetzt schon alle Maßnahmen für eine ernstliche Ver-teidigung von Paris getroffen werden.
Berlin, 11. Juni. Der Reichsfinanzler Graf Hertling empfing den Reichstagspräsidenten Lehrenbach.

Karlsruher Standesbuch.

Geaufgebot, 12. Juni: Albert Bender von Staufenberg, Mauerpöcher hier, mit Maria Jäger Witwe von Müll.

Auswärtige Geborene.

Handegg: Karl Reumann. * Gunglweier: Karl Anna Kern, 83 J. * Offenburg: Theresia Böhrle, 22 J. * Elgersweier: Kaspar Kiefer, Gemeinderat, 50½ J. * Reichenbach (A. C. Tinnen): Christian Anderer, Müller, 71 J. * Boblsbach: Frau Wäckermeister Franziska Enkelbach geb. Siebert. * Konstanz: Juliana Esler, 83 J. * Ottersweier: Lud. Dehse, Schmiedemeister, 83 J. * Altschweier: Jonas Oberle, 71 J. * Altschweier: Jakobine Schent geb. Borell, Altschweier, 67 J. * Weisental: Gustav Genter, Uhrmacher, 61 J.; Frau Gemeinderat Maria Hoff geb. Groß, 44 J. * Heideberg: Frau Elise Rehringer geb. Sametzki, 42 J. * Freiburg: Adam König, Kommis. * Mannheim: Karl Fritz, Veräußerer a. D.; Frau Jakobine König geb. Hof, 68 J.; Georg Lehrieder, 55 J.; Philipp Metz, Schlosser, 66 J.

Mosbach: Samuel Boich, Wäckermeister, 52 J. * Waldshut: Karl Deich, Fotograf, 72 J. * Grunholz: Peter Reiter, 71 J. * Baden: Eduard Brodreich, 84 J. * Billingen: Frau Karoline Gair geb. Widel, 66 J. * Freiburg: Valentin Rohr, Glasermeister und Kachelständer, 52 J. * Bruchsal: Friedrich Huber, Rektor der Gewerbe-schule, 52 J. * Oberachern: Frau Marie Neher Witwe, 72 J. * Eisenbach (A. Weisbach): Stefan Heimann, Uhrmacher, 75 J. * Konstanz: Ferdinand Einhart, Altschweier, 61 J. * Oberachern: Karoline Leitzler geb. Rechi, 63 J. * Oberachern: Anna Josefa Gaurin, 60 J. * Gutach (Hr.): Georg Geismann, Leinwandhändler, 78 J. * Ehingen: Frau Niedmüller Paulina Kähler geb. Auer, 82 J. * Weisheim: Philipp Seher, Schieferdeckermeister, 68 J. * Reichenrieden: Frau Anna Karl geb. Heim. * Leibern: Frau Werner Luise Lorenz geb. Reiten, 53 J. * Oberachern: Gustav Lehmann, 68 J. * Dundenheim: Joh. Georg Döhl, 63 J. * Weislingen: Richard Wirsner, Landwirt, 47 J.

Sendet den H. B. ins Feld.

Strächtige, junge Männer
als Weizer
gesucht.
Gesellschaft vorm. G. Sinner,
Karlsruhe-Grünwinkel. 2231

Arbeiterin, Junge Mädchen
per sofort gesucht.
Richard Graebener,
Nahrungsmittelfabrik,
Karlsruhe, Sofienstr. 117.

Einige junge
Burschen
im Alter von 15-17 Jahren
können sofort eintreten bei
A. Printz,
Branerei Karlsruhe.

Züchtige, auch jüngere
Schlosser
Mechaniker
Schweißer
Dreher
finden dauernde Beschäf-tigung bei
C. Maquet, G. m. b. H.,
Heidelberg,
Erbelheimerstraße 17/21.

Wie sorgt das Vaterland
für seine kriegsbeschädig-
ten Heldenkinder? //
von Hermann Mühle, Pfarrer.
40 Seiten mit 19 Abbildungen.
5. vermehrte Auflage (26. - 30. Tausend)
Preis 30 Pfennig. 100 Stück 25.-

Der vollständig geschriebene Werken hat in seiner eindringlichen Form schon manchem kriegsbeschädigten und seinen Angehörigen gezeigt, daß mit gutem Willen trotz körperlicher Mängel noch ganz hervorragendes geleistet werden kann. (Bad. Landesausch. f. Kriegsbeschädigtenfürsorge.)
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.
Badenia, Verlag und Druckerei
Karlsruhe.

Nr. 271
Preispreis vierteljährlich
...
Karlruhe, Abt.

Smuts
...
Karlruhe, Abt.

...
Karlruhe, Abt.